

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband der Familienzentren e. V.
c/o Karl Kübel Stiftung
Darmstädter Straße 100
64625 Bensheim

Wahlprüfstein des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

1. Der Bundesverband der Familienzentren versteht unter Familienzentren jene Einrichtungen, die in einem sozialen Umfeld passgenaue unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Kinder und ihre Familien bereithalten, vermitteln oder bündeln. Familienzentren sind Begegnungs-, Bildungs-, Unterstützungs- und Erfahrungsorte, die an nachbarschaftliche Lebenszusammenhänge anknüpfen, die elterliche Erziehungskompetenz stärken, Selbsthilfepotentiale von Eltern und anderen an der Erziehung der Kinder beteiligten Personen aktivieren, soziale Netzwerke unterstützen und so nachhaltig die kindliche Entwicklung und das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern. (unter: [http://www. bundesverband-familienzentren.de](http://www.bundesverband-familienzentren.de))

Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von der Partei DIE LINKE für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

DIE LINKE unterstützt die Entwicklung und Ausweitung von Familienzentren, auch um den Zugang und den Erwerb von Bildung im frühen Kindesalter im Sinne der Chancengleichheit zu fördern. Wohnortnah, niedrigschwellig und raumbietend auch für selbst organisierte Familientreffs und -aktivitäten können Familienzentren Familien bei der Bewältigung des Alltags unterstützen, Teilhabe und soziale Integration fördern und im Bedarfsfall frühzeitig Hilfe anbieten oder organisieren. Familienzentren sind Bildungs- und Erfahrungsorte - daher muss dort zur Sicherung anspruchsvoller Bildungsangebote gut ausgebildetes Fachpersonal eingesetzt werden. Dazu gehört, dass den Arbeitsbedingungen der Angestellten größere Aufmerksamkeit entgegengebracht und ihre Arbeit auch besser honoriert wird.

2. Zusammen mit den Ländern hat der Bund Eckpunkte für ein Qualitätsentwicklungsgesetz beschlossen, welche eine deutliche und dauerhafte Ausweitung der Bundesmittel in der frühkindlichen Bildung vorsieht.

a) Was versteht Ihre Partei unter einer deutlichen und dauerhaften Ausweitung?

b) Wie wird sich die Förderung des qualitativen Ausbaus von Kindertageseinrichtung bei einer Regierungsbeteiligung der Linken in der kommenden Legislatur entwickeln?

DIE LINKE versteht unter einer deutlichen und dauerhaften Ausweitung der Bundesmittel einen Einstieg des Bundes in die laufende Finanzierung der Kinderbetreuung und Frühförderung. Das momentane Finanzierungsdefizit im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Förderung liegt gemessen an dem notwendigen qualitativen und quantitativen Ausbau nach Ansicht der LINKE bei jährlich bis zu 15 Mrd. Euro. Hier ist vor allem der Bund in der Pflicht, da er dafür Sorge zu tragen hat, gleichwertige Lebensbedingungen im Bundesgebiet sicherzustellen. Bei einer Regierungsbeteiligung im Bund werden wir darauf hinwirken, auf Grundlage eines Kitaqualitätsgesetzes die Bundesmittel deutlich zu erhöhen und zu verstetigen. Die bestehenden Programme sind hierbei zu überführen.

3. Inwiefern unterstützt die Partei DIE LINKE die Entwicklung bundeseinheitlicher (Mindest-) Standards im Sinne gleicher Bildungschancen für jedes Kind?

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für ein Kitaqualitätsgesetz ein (18/2605 bzw. 18/12164) und hat als erste Fraktion in der 18. Wahlperiode ein entsprechendes Konzept vorgestellt. Ein Kitaqualitätsgesetz soll nach unseren Vorstellungen Mindestqualitätsstandards für die öffentliche Kindertagesbetreuung definieren und darüber hinaus sicherstellen, dass bestehende höhere Qualität nicht abgesenkt wird. Ebenso ist ein Gestaltungsspielraum für die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern, der den regionalen Besonderheiten und Anforderungen Rechnung trägt. Der Geltungsbereich des Gesetzes soll Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege umfassen und die jeweiligen Besonderheiten der Frühförderungseinrichtungen berücksichtigen.

Dabei sind insbesondere für folgende Bereiche Qualitätskriterien zu entwickeln und festzuschreiben:

- Fachkraft-Kind-Relation
- Kompetenzprofile, Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung der Fachkräfte
- Zeit für Führungsaufgaben, Zeit für Vor- und Nachbereitung der Betreuungsleistung
- Wohnort- bzw. sozialraumnahe sowie inklusive Betreuung und Förderung
- Raumgrößen, Ausstattung und Freiflächen
- Anspruch auf Ganztagesbetreuung und Förderung unabhängig von der Situation der Eltern
- Qualität der Essensversorgung

- Attraktivität des Berufsfeldes, Arbeitsbedingungen und Prävention.

Die Qualitätskriterien sollen von einer Sachverständigenkommission erarbeitet werden, die aus Vertreterinnen und Vertretern sämtlicher Akteure von Bund, Ländern, Kommunen, Jugendämtern, Wissenschaft, Elternvertretern und -vertreterinnen, Kinderrechtsexperten und -expertinnen, Trägern der Kindertageseinrichtungen und Gewerkschaften besetzt wird. Die vorliegenden Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe bieten eine Grundlage, auf der aufgebaut werden kann.

4. Welche Kind-Fachkraft-Relation streben die Linken (bundesweit) an?

siehe Frage 3

5. Viele Programme des Bundes sind an den Bedarfen auf kommunaler Ebene vorbei konzipiert. Sie haben Strukturen oft nur angeschoben, die nach Ablauf der Programmdauer nicht nachhaltig verankert werden konnten.

Wie soll aus Sicht der Partei DIE LINKE im Rahmen des Qualitätsentwicklungsgesetzes sichergestellt werden, dass die Mittel vor Ort individuell genutzt werden können und so die Qualität in der frühkindlichen Bildung ressourcen- und bedarfsorientiert nachhaltig verbessert wird?

Es ist Aufgabe des Bundes, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu fördern. Die aktuellen Förderprogramme greifen dabei zu kurz, da es sich hierbei entweder um Investitionsmittel oder aber um befristete Programme handelt. Auch mit einem Kitaqualitätsgesetz und einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes ist es wichtig, Mechanismen zu finden, die die individuellen Erfordernisse des Kitaausbaus vor Ort berücksichtigen.

Die vorliegenden Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe bieten eine Grundlage, auf der aufgebaut werden kann. Darüber hinaus wollen wir mit einer Sachverständigenkommission eine Weiterentwicklung sicherstellen, die den Bedürfnissen des Kitaausbaus Rechnung trägt und die Vielseitigkeit des Status Quo berücksichtigt.

6. Familienzentren sind wichtige Knotenpunkte im Umfeld von Familien, die neben einer Betreuung der Kinder, bedarfsgerechte Angebote vorhalten.

Welchen Stellenwert misst die DIE LINKE dem Ausbau von Kitas zu Familienzentren zu?

Mit einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen wollen wir auch ermöglichen, dass andere infrastrukturelle Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge wieder ausgebaut werden können, wie z.B. Bibliotheken/Mediatheken, Musikschulen, Schwimmbäder, Grünanlagen, Spielplätze, Sport- und Treffmöglichkeiten oder der öffentliche Nahverkehr - dazu gehören auch Familienzentren. Hier ist ein möglichst gebührenfreier, niedrighschwelliger und barrierefreier Zugang für alle Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien sicherzustellen. Partizipation und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen bei der Ausgestaltung der Angebote sind zu gewährleisten. Familienzentren können wichtige Wegweiser sein für junge Familien oder Familien mit Beratungsbedarf, daher unterstützen wir auch die Initiative mehr Familienzentren zu etablieren.

II. Quantitativer Ausbau Kindertageseinrichtungen

7. Immer mehr Eltern möchten früher in den Beruf zurückkehren, immer mehr Kinder werden geboren und mehr Eltern sehen in der Betreuung ihres Kindes ein Angebot die Startchancen ihrer Kinder zu verbessern und ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Auch die im Rahmen des vierten Investitionsprogramms des Bundes zusätzlichen 100.000 Betreuungsplätze werden den Bedarf und teilweise die Bedürfnisse der Eltern (im Hinblick auf Öffnungszeiten, individuellen Förderbedarf usw.) aus Sicht des Bundesverbandes der Familienzentren nicht befriedigen können. (siehe Hintergrundmeldung „Gute Kinderbetreuung“ des BMFSFJ vom 29.06.2017, siehe unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/gute-kinderbetreuung/73518>; Abrufdatum 19.07.2017)

Wird Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung nach dem vierten Investitionsprogramm des Bundes Mittel zum weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen zur Verfügung stellen?

Perspektivisch fehlen bis zu 350.000 Kitaplätze. Das momentane Finanzierungsdefizit im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Förderung liegt gemessen an dem notwendigen qualitativen und quantitativen Ausbau nach Ansicht der LINKEN bei jährlich bis zu 15 Mrd. Euro. DIE LINKE wird sich im Rahmen eines Kitaqualitätsgesetzes auch für den quantitativen Ausbau einsetzen.

8. Mit der Arbeitsgruppe zur Fachkräftegewinnung für die Kindertagesbetreuung wurde ein erster Schritt zur Gewinnung von Fachkräften gemacht, welche erst den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen ermöglicht.

Ohne den Ergebnissen der Arbeitsgruppe vorzugreifen, wo sieht ihre Partei Stellschrauben zur Verbesserung der Anerkennung und der Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld?

Der Fachkräftemangel begleitet den notwendigen Ausbau der Kindertagesbetreuung und Frühförderung. Neben einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sind eine Aufwertung des Berufsfeldes einhergehend mit besserer Entlohnung sowie einer Reduzierung der enormen Belastung dringend geboten. Auch möchte DIE LINKE über Programme zur Rückkehr von Erzieherinnen

und Erziehern den Fachkräftemangel abmildern. Schmalspurausbildungen zur Reduzierung des Fachkräftemangels lehnen wir ab.

III. Leistungen für Familie und Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben

9. Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

Wie möchten die Linken auf Bundesebene die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben sowie Pflege und Erwerbsleben weiter verbessern?

Die LINKE möchte nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, sondern allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, das Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie und Freundinnen und Freunde, für gesellschaftliches Engagement, Bildung und Kultur sowie ausreichend Erholung und Zeit für sich selbst umfasst. Konkret wollen wir familiengerechte Arbeitszeiten, eine Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

DIE LINKE wird mehr Geld in soziale Dienstleistungen investieren. Dazu gehören ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges beitragsfreies Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder. Für Menschen mit Pflegebedarf brauchen wir eine solidarische Pflegevollversicherung und für ihre Angehörigen einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit zur Organisation einer neuen Pflegesituation.

10. Das Programm „KitaPlus“ des Bundes stellt zusätzliche Mittel zur bedarfsgerechten Ausweitung von Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, z.B. in den Randzeiten, zur Verfügung.

Wird Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung über die Dauer des Programms „KitaPlus“ (2016 bis Ende 2018) hinaus weitere Mittel zur bedarfsgerechten Ausweitung der Öffnungszeiten und somit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zur Verfügung stellen?

Das Programm Kita-Plus ist auf Dauer nicht zielführend, die bestehenden Defizite im Kitasystem mit den Bedürfnissen der Familien in Einklang zu bringen. Daher setzt sich DIE LINKE für ein Kitaqualitätsgesetz ein, das neben einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten für die Förderung und Betreuung von Kindern ebenfalls die familiären Bedarfe bei den Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen berücksichtigt.

11. Welche Veränderungen plant die Partei DIE LINKE bei den Familienpolitischen Leistungen, wie z.B. Kindergeld, Kinderfreibetrag und Ehegattensplitting?

Welche zusätzlichen Familienpolitischen Leistungen möchten die Linken bei einer Regierungsbeteiligung einführen?

Statt Steuerbegünstigungsmodelle wie das „Ehegattensplitting“ wollen wir die individuelle Besteuerung. Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernter- oder Zuverdienerinnen-Modells wollen wir beenden. Stattdessen sollen die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen den Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern frei übertragbar sein.

Die Fraktion DIE LINKE befürwortet eine Kindergrundsicherung, die dafür sorgt, dass arme Kinder nicht mehr arm sind. Kinderarmut ist oft in Einkommensarmut der Eltern begründet. Daher fordern wir weiterhin Verbesserungen im Mindestlohn und eine deutliche Verbesserung im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus fordert DIE LINKE einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, u.a. auch eine deutlich bessere Absicherung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege.

IV. Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

12. Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders um eine Integration von Menschen mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum. Zusätzlich sind Familienzentren durch ihre bedarfsgerechte Ausgestaltung und die individuelle Förderung von Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund sowie mit und ohne körperliche oder geistige Beeinträchtigung oftmals Orte inklusiver Pädagogik. Der Bundesverband der Familienzentren e.V. nutzt den Inklusions-Begriff nach Annedore Prengel (Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in seinen Konzepten und Publikationen. Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence-Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion gelingend umzusetzen.

Wie möchte Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich bundesweit ausbauen und innerhalb der Länder vergleichbarer machen - auch vor dem Hintergrund neuzugewanderten Bürgerinnen und Bürger?

Derzeit ist die Umsetzung inklusiver Pädagogik innerhalb der Kindertageseinrichtungen bundeslandspezifisch, regional und standortbestimmt sehr unterschiedlich vorangeschritten. Es fehlt an bundesweit verbindlichen Regelungen zur Umsetzung der eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtung zur Inklusion – auch in Bezug auf die frühkindliche Bildung. Es bedarf eines flächendeckenden und dichteren Netzes inklusiv arbeitender Einrichtungen. Zu einer inklusiven Kita gehören barrierefreie Gebäude ebenso wie ein barrierefreies und gesundheitsförderliches Umfeld. Die Länder und Kommunen müssen in die Situation gebracht werden, dieses Umfeld zu schaffen. Daneben muss eine rechtliche Situation, die Antragsverfahren und Antragswege bis zur Bereitstellung der nötigen Unterstützungen für Eltern überschaubar macht, geschaffen werden. Für den Erfolg eines inklusiven Lebens in Kitas ist ausreichendes gut qualifiziertes Personal mit unterschiedlichen, in Kitas erforderlichen pädagogischen, sozialen und therapeutischen Professionen ebenso unverzichtbar wie mehr Zeit für die pädagogischen Fachkräfte zur Planung des Bildungsprozesses und zur Zusammenarbeit mit Eltern und Familien.

13. Welche Rolle haben aus Sicht der Partei DIE LINKE Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Städte und Gemeinden?

Und wie können aus Sicht der Linken auf Bundesebene diese integrativen Strukturen gefördert werden?

Der Bund muss sich aus unserer Sicht an den Kosten für Bildung und frühkindliche Erziehung von Geflüchteten beteiligen. Das schließt auch eine (Mit-)Finanzierung von Familienzentren ein. DIE LINKE will darüber hinaus die Kinder- und Jugendhilfe ausbauen und damit die gesamte Kinder- und Jugendhilfe stärken. Das ist auch notwendig für eine schnelle Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagsplätze muss auch für Asylbewerber*innen gelten.

14. Welche Chancen sieht Ihre Partei in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um z.B. die Integration von Familien mit Fluchterfahrung zu fördern?

Die aufsuchende Arbeit in den Familien halten wir auch für Familien mit Fluchterfahrung für die Integration sinnvoll und hilfreich. Daher müssen diese Angebote unbedingt ausgebaut werden.

15. Vielfalt ist allgegenwärtig in den Kindertageseinrichtungen, allerdings spiegelt sich diese Vielfalt oftmals nicht bei den pädagogischen Fachkräften und innerhalb der Träger von Einrichtungen für Familien. Dies liegt aus Sicht des Bundesverbandes zum Teil auch an der Anerkennung von im Ausland erworbenen pädagogischen Abschlüssen.

Möchte die Partei DIE LINKE in diesem Zusammenhang in der kommenden Legislatur die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen weiter verbessern bzw. den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtern?

Wenn ja, wie?

Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen, die ihre Ausbildung im Ausland erworben haben, müssen diese anerkennen lassen, um in Deutschland in ihrem Berufsfeld arbeiten zu dürfen. Auch wenn sich seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes die Anerkennungsverfahren verbessert haben, gibt es noch große Baustellen. Ein großes Problem stellen z.B. die unterschiedlichen Verfahren zur Prüfung der Zuständigkeitsprüfung/ Antragsunterlagen dar. Um zu klären, ob wirklich eine Zuständigkeit für den eingereichten Antrag besteht, fordern die zuständigen Behörden mit der Antragstellung unterschiedliche Nachweise. Es ist also notwendig, die entsprechenden Behörden mit ausreichend Personal auszustatten, sodass alle Anträge entsprechend der gesetzlichen Regelungen behandelt werden können. Insgesamt muss dem unterschiedlichen "Handhabungsdschungel" ein Ende gemacht werden - es kann nicht sein, dass es vom Ort der Antragsstellung abhängt, ob die Anerkennung gelingt oder nicht.

V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

16. Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt ist nur dann wirkungsvoll, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen den einzelnen Zuständigkeiten stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote allerdings kaum statt.

Welche Maßnahmen planen die Linken (auf Bundesebene) zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen im Sinne der Familien in Deutschland?

DIE LINKE hat in der 18. Wahlperiode ein Konzept zur Reduzierung von Kinderarmut vorgelegt (Siehe BT-Drucksache 18/10628). Neben einer Erhöhung des Kindergeldes wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, die aus den bestehenden Sozialleistungen entwickelt wird. Dazu werden die bestehenden Leistungen armutsfest erhöht und der Zugang durch so genannte Familienstellen als Anlaufstellen für alle familiären Problemlagen massiv erleichtert und entbürokratisiert. Da Kinderarmut immer auch Einkommensarmut der Familien ist, geht es uns auch darum, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten und den Mindestlohn zu erhöhen. Besonders wichtig ist aber auch, den Kindern und Jugendlichen Türen zur Gesellschaft zu öffnen. Dazu

muss die öffentliche Infrastruktur ausgebaut und die Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden.

17. Beispiele aus anderen europäischen Ländern, wie England (Early Excellence-Center) und Belgien (Flandern), zeigen welche Bedeutung die enge Verzahnung von Gesundheit und frühkindliche Betreuung bei der lückenlosen Begleitung von Familien in besonderen Lebenslagen haben. Familienzentren sind im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention präventive Einrichtungen und könnten daher durch das Präventionsgesetz gefördert werden. Leider werden derzeit keine Kindertageseinrichtungen oder Familienzentren in Ihrer Entwicklung zu Orten der Gesundheitsförderung unterstützt, sondern bundesweite Programme und Projekte, die oft nicht den Bedarf der Eltern und Familien vor Ort treffen.

**Wie können sich Familienzentren aus Sicht der Linken zu Kinder- und Gesundheitszentren weiterentwickeln?
Wie möchte die Partei DIE.LINKE im Rahmen einer möglichen Novellierung der Sozialgesetzgebung diese Entwicklung fördern?**

Für DIE LINKE ist das Kaputtsparen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) höchst problematisch. Die Geldnot der Kommunen wurde auch bundespolitisch hervorgerufen. DIE LINKE hat daher bundespolitische Maßnahmen vorgeschlagen (vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/010/1801094.pdf>), um die Kommunen zu stärken, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Sowohl im kommunalen als auch Landes-ÖGD reicht das Personal schon jetzt nicht aus, um die gesetzlichen Aufgaben gut zu erfüllen. Bevor dem ÖGD neue Aufgaben zugeordnet werden, wäre es daher notwendig, die heutigen Defizite zu beheben. Unter anderem bei der Versorgung der Kinder und Jugendlichen sowie beim Infektionsschutz müssen die Grundlagen für die Gemeinwohlaufgaben des ÖGD gesichert werden.

Für konkrete Maßnahmen für eine gesundheitsförderliche Gestaltung von Lebenswelten fordert DIE LINKE einen Präventionsfonds, der mit Mitteln aus Bund, Ländern, Kommunen, Kranken- und Rentenversicherung etc. in Höhe von 1 Mrd. Euro jährlich gespeist wird. Daraus sollen evidenzbasiert Maßnahmen vor Ort finanziert werden unter maßgeblicher Beteiligung der Zielgruppe etwa in Verantwortung von regionalen Gesundheitskonferenzen.

Gesundheitsförderung betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe aller Politikbereiche, die nicht vorrangig von den Krankenkassen zu leisten ist (sogenannter health in all policies-Ansatz, den auch die Weltgesundheitsorganisation einfordert).

18. Vielfach scheitert eine bessere Verzahnung zwischen Einrichtungen für Familien und Akteuren im Gesundheitswesen an der Honorierung der Angebote in den Einrichtungen für Familien, z.B. von Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin für die Durchführung der U-Untersuchungen über die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ).

Möchte Ihre Partei dies in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und dem Gemeinsamen Bundesausschuss verändern?

Die Frühen Hilfen sind für DIE LINKE ein unverzichtbarer Teil der Versorgung von Kindern. Sie bilden als Schnittmenge zwischen unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern ein gutes Beispiel für die notwendige Abstimmung zwischen den einzelnen Trägern. Soweit sich die Frühen Hilfen auf medizinische Versorgung inkl. Vorbeugung und Früherkennung beziehen, sollten sie über das SGB V, also die gesetzlichen Krankenkassen oder die privaten Krankenversicherungen finanziert werden.